

Karben, 13.12.2016

Änderungsantrag zum CDU-Haushaltsantrag – Schaffung einer weiteren Planstelle für die Stadtpolizei, Produkt 022020:

Im Stellenplan wird auf S. 178/181, Produkt 022020, Stadtpolizei, eine weitere Stelle im Bereich Arbeitnehmer ausgewiesen. Die entsprechenden Personalkosten werden in den Haushalt hälftig eingestellt (planerische Stellenbesetzung zum 01.07.17). Eine Besetzung der Stelle erfolgt jedoch erst und nur dann, wenn der pilotweise abgeschlossene Vertrag mit einem privaten Sicherheitsdienst zur Unterstützung der Stadtpolizei ausläuft und nicht weiter verlängert wird.

Begründung:

Das Thema Sicherheit geht uns alle an. Auch ist dafür Sorge zu tragen, dass diejenigen, die uns alle vor Gefahren schützen sollen nicht überlastet sind. Es ist nicht verwunderlich dass die CDU im Kontext der aktuellen Diskussionen mit ihrem Antrag ihr Profil in dieser Thematik zu schärfen versucht. Es ist jedoch nicht zu übersehen, dass die allgemeine Sicherheitsdebatte in Bund und Land weniger Aufgaben der Stadtpolizei tangiert. Erst vor kürzlich hat der Magistrat die Unterstützung der Stadtpolizei durch einen privaten Sicherheitsdienst angekündigt. Wenn nun ab Mitte des Jahres zusätzlich noch eine neue Stelle geschaffen wird, sollte dies nur erfolgen, wenn die Erfahrungen mit dem privaten Sicherheitsdienst negativ ausfallen und dieses Projekt nicht weiter fortgeführt wird. Externe Unterstützung zusätzlich zur Schaffung einer neuen langfristig ausgelegten Stelle erscheint in Anbetracht der fiskalischen Ungewissheiten für die kommenden Jahre als über das Ziel hinausgeschossen und rechtfertigt sich in Anbetracht der niedrigen Kriminalitätsrate in Karben nicht.

Änderungsantrag zum CDU-Haushaltsantrag - Schaffung einer ½ Stelle im Bereich Klimaschutz

Für das Produkt 14100 „Klimaschutz“ werden Personalkosten nicht nur für eine halbe, sondern für eine volle Stelle eingestellt, dies ist ebenso im Stellenplan auszuweisen. Der Magistrat wird bevollmächtigt, die Stelle wiederzubesetzen. Schwerpunkt der Tätigkeit und des Anforderungsprofils soll die Umsetzung von Energie-Effizienz-Maßnahmen in städtischen Liegenschaften sein, so dass sich die Personalkosten amortisieren. Über den Tätigkeitsschwerpunkt hinaus sind aktiv öffentlichkeitswirksame Maßnahmen, Beratungsangebote seitens der Stadt und Maßnahmen in anderen kommunalen Politikfeldern unter der dann ausgeweiteten Stelle zusammenzuführen.

Begründung:

Klimaschutz beschränkt sich nicht bloß auf Energie-Effizienz-Maßnahmen in städtischen Liegenschaften. Unter der Verantwortung von Stadträtin Tina Rodriguez ist ein ganzes Bündel an Maßnahmen in städtischen Klimaschutzberichten festgeschrieben worden, welche konsequent weiter verfolgt werden müssen. Offenkundig fehlt dem Magistrat derzeit die Kapazität dieses wichtige Aufgabenfeld durch ehrenamtliches Engagement gebührend zu bearbeiten. Deswegen plädieren wir für eine volle Stelle innerhalb des Klimaschutzressorts, welche auch nicht befristet zu besetzen ist, denn Klimaschutz ist eine Generationenaufgabe.

Mit freundlichen Grüßen

Rainer J. Knak,

Fraktionsvorsitzender